



DER FREIHEITSKÄMPFER

Organ der Kämpfer für Österreichs Freiheit

33. JAHRGANG

SEPTEMBER 1981

NUMMER 3

Politik und Gesellschaft

Jede Generation erlebt eine andere und auch weitere Umwelt, an die sie sich anpassen will oder die sie ihren Interessen oder Vorstellungen entsprechend mitformen will. Wie weit eben jede Generation von der Entwicklung und dem Fortschritt bloß einen Konsumanteil zu erlangen sucht oder aktiv wird, ihre Ideen oder Ideale regend oder normierend durchzusetzen, bildet auch die Themen der Tagespolitik in engeren und weiteren Interessen- oder Gesinnungsgemeinschaften und Verbänden.

In der Ersten Republik Österreich hat das Bürgertum in der Kultur, Bildung, Gesellschaft und Politik den Ton angegeben und trotz materieller Verarmung zäh den gehobenen sozialen Status zu bewahren und zu verteidigen versucht. Im Land Wien als Bundeshauptstadt hat eine sozialdemokratische Mehrheit eine neue Gesellschaftspolitik und den Aufstieg einer neuen Klasse eingeleitet. Vorher besitz- und bildungslose Proletarier sind aus den tristen Verhältnissen in den Zinskasernen in komfortable Gemeindewohnungen eingezogen, formten um sich eine neue Welt mit klassenbewußtem Auftreten im Lebenskampf und politischen Ansprüchen gegen das vorherrschende Bildungsbürgertum. Die weltweite Wirtschaftskrise vor 1930 erfaßte dann auch Wien, erhärtete die politische Szene und führte über Verbalradikalismen und Verhetzung zur Atmosphäre der permanenten Bürgerkriegsgefahr und den tragischen Ausbrüchen von bewaffneten Auseinandersetzungen. Mit der NS-Machtsübernahme 1938 wurde der unversöhnliche innerösterreichische Konflikt vor einer Lösung noch tragischer beendet.

Im 1945 wiedererstandenen freien, unabhängigen und demokratischen

Österreich konnte nur die Versöhnung und tolerante Haltung der einst feindlichen Stände und Klassen aus den Trümmern und aus einer großen wirtschaftlichen Notlage heraus den gemeinsamen Aufbau eines lebensfähigen Staates für alle bewirken. Während dieser Periode und noch krasser in der Folgezeit setzte die Formierung einer neuen Klasse ohne ideologischen Sinn und einer vielfältigen Elite ein, die als Aufsteiger einen sehr hohen Wohlstand erreicht hatten und sich in ihrer Lebensführung rein konsumorientiert auszeichnete und diskret isolierte. Die Politiker wurden von dieser intellektuellen Elite zu stark beeinflusst und teils sogar auch abhängig.

Neuerliche Zwentendorf-Diskussion

Der ursprüngliche Gesetzesbeschluß des Nationalrates über die Nutzung der Kernenergie und speziell zur Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Zwentendorf im Tullnerfeld/NÖ ist zu stande gekommen. Der Bundesrat als zweite Kammer hat Einspruch erhoben und ein sehr knapper Beharrungsbeschluß ist daraufhin im Nationalrat gefaßt worden. Die dennoch ausgeschriebene Atom-Volksabstimmung am 5. November 1978 im politisch gewordenen heißen Atomkampf hat überraschend eine geringe Mehrheit gegen die Kernkraftnutzung ergeben. Das vorbildlich demokratische Atomsperrgesetz im Verfassungsrang ist erlassen worden und hat die erhitzten Gemüter wieder beruhigt. Die NR-Wahlen haben 1979 eine sichere SPÖ-Mehrheit gebracht. Das Pro-Atom-Volksbegehren zum Jahresende 1980 hat mit nur 400.000 Unterschriften nicht gar imponierend viele Unterstüt-

Neue Strömungen, vor allem in der jüngeren Generation, entstehen und wehren sich vehement gegen die Vormachtstellung dieser neuen Klasse in der Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Diese Konfliktsituation wirkt sich nicht nur in der Bildung von parteiunabhängigen Initiativen und Organisationen mit provokantem öffentlichem Auftreten aus, sondern zeigt sich auch in Bewegungen innerhalb der Parteiensstruktur bis zum gelegentlichen Exzeß. Diese Erscheinungen und Aktionen zu beachten und nicht zu ignorieren und für eine andere Politik mitwirken zu lassen, darf nicht nur Programm der oppositionellen ÖVP sein, sondern muß auch Ziel allen politischen Handelns der Verantwortlichen für die Gesellschaft und den Fortschritt sein!

zungen gefunden und liegt jetzt in einem parlamentarischen Unterausschuß zur Beratung.

Der Sozialpartnerbeirat, sonst eigentlich nur mit Gutachten über Arbeitsmarkt, Wirtschaftswachstum oder Lohn-Preis-Fragen befaßt, hat mehrere Experten zu Untersuchungen für ein „Sicherheitsgutachten Kernenergie“ beauftragt und das inzwischen fertiggestellte positiv ausgefallene Gutachten über den Bundeskanzler als Vorsitzenden der „paritätischen Kommission“ dem bereits mit dem Volksbegehren befaßten parlamentarischen Unterausschuß zugeleitet.

Die Spitzenpersönlichkeiten der Sozialpartnerschaft, Regierungsmitglieder und Oppositionspolitiker geben bereits ihre Pro- und Kontra-Staements über das Sicherheitsgutachten Kernenergie und die Atomfrage für Österreich an und für sich ab. Hauptthemen sind der Sicherheitszustand

(Fortsetzung auf Seite 2)

Volkzählungen-Problematik

Schon seit Christi Geburt werden in aller Welt periodisch Volkszählungen nach verschiedenen Gesichtspunkten und für immer mehr informationsreiche Statistiken ausgeschrieben und durchgeführt. Die damit betrauten staatlichen Stellen und Gemeinden werden dabei finanziell und verwaltungsmäßig stark belastet, vielen Bürgern erscheint die erzwungene Mitwirkungspflicht und Fragenbearbeitung über intimste Verhältnisse als Belästigung und manchmal auch mit unliebsamen Folgen verbunden!

Soziale und wirtschaftliche Folgen werden vor allem befürchtet, wenn nicht nur „wieviele“ und „wo“, sondern auch „wer“ konkret erfragt und registriert wird. Der gewählte Hauptwohnsitz kann Nachforschungen und weitere Erhebungen auslösen und zu Schwierigkeiten am Zweitwohnsitz führen. Die erklärte Muttersprache und die angegebene Umgangssprache können zu beruflichen Nachteilen oder zumindest zu Vorurteilen führen. Angaben der Eltern für ihre Kinder können später einmal deren Bildungsweg und deren eigene Entscheidungsfreiheit beeinträchtigen.

Der Widerstand der slowenisch-sprechenden Volksgruppe in Kärnten gegen ihre als „Wegzählung“ aufgefahrene zahlenmäßige Feststellung, die allgemeine Volkszählung in Österreich mit den Auswirkungen auf die Steuerquote der Gemeinden und auf die Mandatszahl bei den nächsten Wahlen und derzeit in Südtirol die ausgeschriebene Feststellung der Volksgruppenzugehörigkeit zeigen von der Problematik der Volkszählungen und die möglichen Ursachen eines heftigen Widerstandes dagegen. Den Zählungen folgen ja die Auswertungen

und Auswirkungen, die manchen Bürgern Verschlechterungen bringen können! Die Politiker und Behörden müssen dies alles bedenken und Vorsorge zur Vermeidung von ungewünschten Nebeneffekten treffen!

20 Jahre Berliner Mauer

Kein ereignisreiches Jubiläum begeht diese seit dem 13. August 1961 zügig errichtete monströse Grenzmarkierung mit allen nur ersinnbaren Sicherungseinrichtungen durch den Kern einer Millionenstadt. Die neueste Bezeichnung „antifaschistischer Schutzwall“ durch DDR-Größen ist ein makaberer Scherz, für eine deutliche Kennzeichnung einer damals einseitig deklarierten Staatsgrenze ist dieses Mauerwerk mit allen Zutaten zu abschreckend und zu gefährlich ausgestaltet.

Der erkennbare Zweck liegt vor allem darin, Bürger der DDR und Ostberlins am unkontrollierten Verlassen des eigenen Hoheitsgebietes oder an der Flucht aus irgendwelchen Motiven zu hindern. Warum aber sind vorher überhaupt so viele Bürger geflüchtet und haben Frieden und Freiheit nicht mit Freude und Dank empfunden? Die Menschen auf beiden Seiten der früheren Sektorengrenze sind sich doch nicht fremd geworden, nur die politischen Systeme und Machtgruppierungen unterschieden sich deutlich und rivalisierten!

Den Bürgern Wiens führt dieser Mauerbau um Westberlin von 162 km Länge leicht faßlich vor, was der österreichische Staatsvertrag 1955 wirklich gebracht und erspart hat! Wien als „geteilte Stadt“ wäre durch Donaukanal und Donaustrom als Wassergrenze sowie der 4. und 10. Bezirk im verbauten Gebiet von den übrigen Bezirken am rechten Donauufer und westlich davon hermetisch abgeschlossen und mit auffallenden Wachtürmen gesichert, soweit diese westlichen Bezirke an Niederösterreich grenzten. Blockierte Verkehrswege und alle Versorgungsanlagen hätten voneinander unabhängig machen müssen, die erst 1945 wiedererlangte Freiheit wäre unfassbar, aber unübersehbar eingeschränkt.

Das Volk der Weltstadt Berlin hat noch kaum die Verwüstungen und Folgen des Zweiten Weltkrieges überwunden gehabt, hat diesen Mauerbau zur Teilung der Stadt ertragen müssen und dennoch riesige Aufbauarbeit geleistet. Diese Verunstaltung Berlins bleibt wohl noch lange bestehen, bildet inzwischen eine Attraktion für Touristen, hindert aber, Gott sei Dank, nicht mehr so rigoros die Kontakte zwischen West- und Ostberlin.

Terrorwelle über Österreich

Im „Freiheitskämpfer“ vom Juni 1980 ist eine Artikelreihe des Wiener Kriminalisten Richard Benda zum Thema der Terrorismuswelle in unseren Nachbarstaaten besprochen worden. Die Bedeutung Österreichs als „Transitland“ und auch als „Rückzug- und Stützpunktgebiet“ für Terroristen ist aufgezählt worden. Der Kriminalist wies auch darauf hin, daß die „derzeitige relative Ruhe auf diesem Gebiet“ nicht zu sehr täuschen dürfe.

Die Ermordung des Wiener Stadtrates Heinz NITTEL am 1. Mai 1981 ohne klar erkennbares Motiv und unentdeckten Täter, gefährliche Drohungen gegen unsere Regierungsmitglieder, die Festnahme eines schwerbewaffneten PLO-Kommandos unter diplomatischem Schutz und der Sprengstoffanschlag auf die israelische Botschaft in Wien-Währing haben die erhoffte Ruhe Lage Österreichs in der weltweiten Terrorzone aufgehoben und aufgeschreckt, die Terrorwelle hat Österreich erreicht.

Weitere Aktionen und Attentate von Terrorkommandos und Einzelgängern bei uns sind keineswegs auszuschließen und niemals abwendbar. „Die Geister, die ich rief, die werd' ich nicht mehr los!“ Dringend notwendig ist nun aber ein Überdenken und Ändern der Aktivitäten von Spitzenpolitikern in der krisengeschüttelten Weltpolitik, der Aufbau und Ausbau eines wirksamen Sicherheits- und Überwachungsapparates im Inland und wesentlich strengere Maßnahmen der Exekutive und Gerichte gegen die Ausweitung derart gefährlicher Umtriebe im Inneren und von außen her.

Unsere so gerühmte „Insel der Seligen“ ist schon ziemlich angegriffen und hat schwierige wirtschaftliche und soziale Sorgen zu bewältigen, wir können der übrigen Welt derzeit wenig erprobte Lösungsvorschläge für Krisenfälle zeigen und anbieten! Freiheitskämpfer in aller Welt haben sehr achtbare Motive, sie sollen ihre Unterstützungen aber unmittelbar an ihrem örtlichen Wirkungsversuchen bekämpfen und zu stürzen versuchen! Schuldlose und Außenstehende sollen nicht Opfer werden und die Wahl der Kampfmittel in jedem Freiheitskampf ist sorgfältiger und humaner zu treffen! Um Sympathien kann man nicht mit Terror werben!

Opferfürsorge

Haftzulage

Die 26. OFG-Novelle vom 15. Dezember 1980, BGBl. Nr. 552 ist am 1. 1. 1981 in Kraft getreten. Neben anderen Verbesserungen des Opferrechtes

(Fortsetzung von Seite 1)

des Bauwerkes und die verlässliche Endlagerung der verbrauchten Brennstäbe in spätestens 50 Jahren. Ab Herbst 1981 haben sich das Parlament und die Öffentlichkeit wieder mit einer heftigen Diskussion über eine Aufhebung des noch jungen Atomsperrgesetzes und eine neuerliche Atom-Volksabstimmung zu befassen. Eine Energie- und Wirtschaftskrise nimmt bedrohliche Formen an und fordert von den Politikern klare und verantwortungsbewußte Entscheidungen für die achtziger Jahre. Techniker, Physiker, Mediziner und Ökonomen sollen nur verlässliche und garantierbare Stellungnahmen für eine derart brisante Entscheidung abgeben und zu optimistische Prognosen vermeiden! Unsere Kinder und noch spätere Nachkommen werden es unserer Generation danken wollen!

Franz Haut

Einheit, Einigkeit und Ehrlichkeit

Jedesmal bei der vorweihnachtlichen Verabschiedung der Abgeordneten im Parlament hat Präsident Benya den Wunsch geäußert, die rauen Sitten im Hohen Haus abzubauen. Sicher ist es nicht angebracht, während eines Referates unangebrachte Zwischenrufe, unfällige Schimpfwörter in den Raum zu stellen oder Kupelschreiber als Wurfgeschosse zu gebrauchen.

Auch das Zeitunglesen und andere, zwar menschlich verständliche Tätig-

keiten, sprich Unarten, wirken störend und geben dem Gesamtbild des Hauses keinen würdigen Rahmen.

Wenn keine Eindämmung solcher Vorfälle erfolgt, dann kann es passieren, daß das Hohe Haus auf das Niveau einer Komödiantenbühne absinkt. Und das sollte vermieden werden.

Die endlosen unlogischen und manchmal auch logischen Meinungen einiger Abgeordneter sind wenig sachbezogen, wirken ermüdend und führen letztlich zu nichts als Ärger.

Rechtlich vorgebrachte und begründete Mißbräuche und Korruptionsfälle sollen nicht maßlos ausgeschlachtet werden. Sie sollten einfachheitshalber den zuständigen Stellen, wie Disziplinarkommission, Wirtschaftspolizei oder Staatsanwaltschaft zwecks weiterer Erhebungen, wie es bereits in einigen Fällen geschehen ist, zugemittelt werden.

Um aus dem gegenwärtigen Dilemma im Parlament und in der Regierung überhaupt herauszukommen, wäre es notwendig, eine Einheit zu bilden, in welcher Einklang, Verstand und Ehrlichkeit in allen politischen Bereichen zueinander sein könnte.

Eine solche Einheit kann ohne weiteres errichtet werden, wenn alle drei im Parlament vertretenen Parteien **guten Willens** sind und ihnen ein effizientes Mitspracherecht zugestanden wird.

Die Gemeinsamkeit bei der Erstellung eines entsprechenden Grundgesetzprogramms und die daraus resultierende Verantwortlichkeit bei der Durchführung desselben bedarf des gegenseitigen Vertrauens.

Viele offenstehende, brisante Probleme könnten einvernehmlich — wo ein Wille, ist meist ein Weg — durch ein DREI-PARTEIEN-SYSTEM geregelt und bereinigt werden. Die gegenseitigen Aussprachen und Abklärungen verschiedenartiger politischer Meinungen im Stile reifer Menschen auf parlamentarischem Boden müßten eine strukturelle Änderung im Gesamtbereich des politischen Geschehens bewirken. Damit ist auch das gemeinsame und sorgsame Prüfen und Erwägen von Gesetzesvorlagen und nicht zuletzt die Verbesserung des gegenwärtigen politischen Klimas ge-

meint und auch eine eventuelle Eiszeit vorweggenommen.

Durch den Zusammenschluß aller drei Parteien käme es zu keinen kleinen Auseinandersetzungen, weil wichtige und staatstragende Entscheidungen in den Vordergrund rücken würden. Einseitig gefasste Beschlüsse einer Alleinregierung ohne Mitsprache der Koalition würden der Verganzenheit angehören.

Alle drei Parteien im Parlament zu einer Einheit verschmelzen, wären eine Interessenvertretung aller österreichischen Staatsbürger und Steuerzahler. Sie müßten versuchen, durch Konsens, Angleichung und Koordination zwiespältiger Standpunkte zu einer einheitlichen und brauchbaren Auffassung zu gelangen und diese auch konsequent durchsetzen. Im Rahmen der Gesetzgebenden Körperschaft, der Nationalratsordnung, der juristischen Gegebenheiten, unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Situation und Einschaltung moralischer und psychologischer Begriffe, letztlich eines Volksentscheides, müßte es möglich sein, in Österreich einen politischen Wandel zu vollziehen. Hunderttausende Menschen, die abseits der SPÖ stehen, wollen in das neue Gesamtbild unseres Staates durch ihre Volksvertreter integriert werden. Das ist ihr gutes Recht! Sie wollen mitreden und wollen auch gehört werden.

Dies ist ohne weiteres möglich, wenn man den Vertretern der beiden Koalitionsparteien die Möglichkeit zur Zusammenarbeit bietet. Diese haben in ihren Reihen junge, erfahrene Kräfte mit Sachverstand, die uns wertvolle Dienste leisten könnten und auch ministrabel wären. Eine Zusammenarbeit könnte letztlich auch die Verunsicherung der Bevölkerung, siehe Sparbuchsteuer ja und nein, und viele andere prekäre Probleme aus der Welt schaffen.

Der Politiker von morgen sollte auch einen guten Hausverstand haben, auch dann, wenn rechtliche Überlegungen und Spitzfindigkeiten in eine andere Richtung weisen.

Wir wissen alle, daß das gegenwärtige politische Klima entschärft werden muß. Wir wissen ebenso, daß das Hin- und Herreden auf die Dauer **keinen Sinn hat**.

Es müssen alle Anstrengungen gemacht werden, um das bereits havarierte Schiff „Österreich“ heil in den Hafen zu lotsen.

werden im § 11 Abs. 2 OFG als zweiter und dritter Satz die Bestimmungen über die neugeschaffene **Haftzulage** wie folgt angefügt:

„Inhaber einer Amtsbescheinigung nach § 1 Abs. 1 lit. e erhalten zur Opferrente vom Ersten des Monats an, in dem sie das 65. Lebensjahr vollenden, eine Zulage von 300 S monatlich. An die Stelle dieses Betrages tritt mit Wirkung vom 1. Jänner 1962 und in der Folge vom 1. Jänner eines jeden Jahres der unter Bedachtnahme auf § 11 a vervielfachte Betrag.“

Die erforderlichen Bescheidzustellungen und Nachzahlungen sind inzwischen erfolgt. Die Voraussetzungen für die Zuerkennung dieser neuen Haftzulage sind noch vielen Opfern unklar und laufend treffen Anfragen bei den OF-Referaten und bei den Opferverbänden ein. Es sind also Voraussetzungen hierfür:

a) noch lebendes NS-Opfer über 65 Lebensjahre alt und

b) politische Haft von 1 Jahr oder 6 Monaten bei erschwerten Umständen und

c) Amtsbescheinigung nach § 1 Abs. 1 lit. e ausgestellt und

d) laufende Opferrente für mindestens 30% Minderung der Erwerbstätigkeit.

Bei wem diese Voraussetzungen alle zutreffen, erhält diese Haftzulage.

Diese Haftzulage wird neben der Alterserschwerungszulage den Opferrentnern mit mindestens 50% (fünftzig) MdE ab dem vollendeten 65. Lebensjahr zuerkannt. Wer eine Amtsbescheinigung hat und nur eine Opferrente wegen 30 oder 40% MdE bezieht, erhält wohl diese Haftzulage, jedoch keine Alterserschwerungszulage. Die Forderung der Opferverbände um die Einbeziehung der Opferrentner ab 65 Lebensjahren mit nur 30 oder 40% MdE in die Anspruchsberechtigung für die Alterserschwerungszulage ist noch unerfüllt. Die neue Haftzulage und die erhöhten Unterhaltsrenten sind stattdessen erreicht worden und müssen vorerst vom Bundesbudget verkräftet werden.

Abermaliger Freispruch für Neo-Nazis

Wie die Tagespresse ausführlich berichtete, wurden Tochter und Sohn des ehemaligen NS-Gauleiters von Kärnten, Rainer, Erika Hanneschläger und Ing. Friedrich Rainer, ange-

klagt wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung, von einem Geschworenengericht in zweiter Instanz in Wien mit sechs zu zwei Stimmen

(Fortsetzung auf Seite 4)

Landesgruppe Oberösterreich

Gründungsmitglied Kamerad Alois Hügelsberger †

Am 20. Juni 1981 starb in Schwannstadt im 77. Lebensjahr unser Kamerad Kaufmann I. R. Alois Hügelsberger. Er war selbständiger Kaufmann in Gaspoltshofen und trat stets offen für

die Freiheit und Selbständigkeit unseres Vaterlandes ein. Diese seine patriotische Haltung trug ihm bereits am 13. März 1938 die Verhaftung durch die Nazi-Scheren ein. Er wurde vorerst zur GESTAPO nach Linz und dann in das berüchtigte KZ Dachau gebracht. Im weiteren Verlauf, als Arbeitsklave, zum Aufbau des neuen KZ nach Mauthausen transportiert.

Jeder von uns, der den Weg in diese Sclotten der Unmenschlichkeit und Grausamkeit gehen mußte, weiß, was unser Kamerad erduldet. Allein das Vertrauen auf unseren Herrgott und der unerschütterliche Glaube an das Wiedererstehen Österreichs gab uns allen die Kraft, diese seelischen und körperlichen Qualen zu ertragen.

Eine Episode sei hier geschildert: Anlässlich einer Jagdzusammenkunft der Nazi-Bozen in Gaspoltshofen, wo auch der berüchtigte Kommandant des KZ Mauthausen teilnahm, geschah es. Die Tochter Hügelsbergers — damals ein Kind von 6 Jahren — bat diesen Lagerkommandanten Zierlei mit aufgehobenen Händen: „Bitte geben Sie mir meinen guten Vater frei!“ Scheinbar wurde dieser hartherzige und brutale Mensch durch den Aufschrei aus Kindermund doch gerührt. So geschah es, daß unser Kamerad am 12. Jänner 1940 aus diesem furchtbaren Konzentrationslager entlassen wurde.

Stete Anfeindungen und Herabwürdigungen mußte seine Familie während seiner Haft und dann auch er, nach

der Rückkehr aus dem Lager, von den fanatisierten Hitleranhängern aus seiner Umgebung erdulden.

Obwohl ausgestoßen aus der Gemeinschaft der Nazi-Lakaien, war unser Kamerad doch gut genug in die Hitler-Armee einberufen zu werden. Daraus zurückgekehrt, widmete er sich — so wie wir alle — dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes. Verzehrend all den Ränken, stand er seinen Mitbürgern bei, spielte gern mit Rat und Tat bei. Das bewies er durch seine selbstlose Tätigkeit in den Körperschaften und Vereinigungen seiner Heimatgemeinde Gaspoltshofen.

Den Todeskeim zu einer töckischen und unheilbaren Krankheit zog er sich in den Monaten des Hungerns in den KZ zu. In den letzten Jahren litt unser Kamerad furchtbare Schmerzen und nur die liebevolle Pflege seiner Gemahlin und seiner unmissbaren Angehörigen ließen ihn dieses qualvolle Leiden mannhaft ertragen.

Am 20. Juni 1981 betraf ihn der Herr über Leben und Tod auf dieser Erde ab. Unter großer Teilnahme seiner Freunde und Bekannten wurde er am 24. Juni 1981 in Schwannstadt zu Grabe getragen. Kameraden und Mitglieder der Landesleitung geleiteten ihn auf seinem letzten Weg. Landesobmann Ing. Karl Serschen hielt am offenen Grab einen ergreifenden Nachruf. Unsere aufrichtige Teilnahme an diesem unersetzlichen Verlust richtet sich an seine werte Gemahlin und seine Angehörigen.

Wir aber verloren einen treuen Kameraden, einen vorbildlichen und gütigen Menschen.

(Fortsetzung von Seite 3)

fortgesprochen. Friedrich Rainer hat neben Rechtfertigungsversuchen für seinen Vater die Konzentrationslager als „größtangelegten Schwindel“, die Ermordung der Juden als „Gaskammernmärchen“ und als „Ausrottungslegende“ dargestellt. Die inkriminierten Textstellen wurden vom Staatsanwalt als eindeutige Verherrlichung des Nationalsozialismus bezeichnet.

Das Plädoyer des Staatsanwaltes wurde von der Expaulettierseilweide mit halblauten Bemerkungen wie „Freiheit“ und „unerhört“ kommentiert. „Das Publikum reagierte teils mit Gelächter, teils mit Mißfallensäußerungen.“ Als der Staatsanwalt an die Geschworenen appellierte, „den Rechtsradikalismus und den Terrorismus schon in seinen Anfängen zu bekämpfen, wurde der Protest im Auditorium so massiv, daß der Richter die Ruhestörer zum Verlassen des Gerichtssaales aufforderte, was einige auch befolgten.“ Was einige auch befolgten! Man muß es zweimal lesen. Zitiert aus der WIENERZEITUNG vom Freitag, dem 24. Juli 1981, S. 6.

Das Urteil in diesem Prozeß zeigt eindeutig, daß die Aufklärung über den sogenannten Nationalsozialismus, die nunmehr seit über 36 Jahren, also durch mehr als eine Generation betrieben wird, bei Unbelehrbaren und Verblendeten nichts nützt. Demokratische Einrichtungen sind eben nur bei demokratisch gesinnten Menschen anwendbar! Ein Geschworenengericht, über dessen Zusammensetzung kaum getäuscht werden muß, ist bei derartigen Prozessen sicher nicht geeignet, einen Widerspruch zu fällen. Hier kann nicht mit Ansichten geteilt werden, sondern nur mit juristischen Grundsätzen. Gegenwärtig ist die Rechtslage jedoch so, daß es zu diesem Freispruch kommen konnte. Eine Neuregelung unserer Rechtsordnung ist daher erforderlich! Es ist untragbar, daß die Leiden der Opfer des sogenannten Nationalsozialismus verächtlich und verhört werden, es ist untragbar, daß Haß-Propaganda von einer Minderheit von Fanatikern und Verbrechern geduldet wird, die getarnt unter dem Schein von Wohlwollendigkeit und „notwendiger Politik“ skrupellos wie ihre Vorgänger, sich anschießen werden, wieder ein Terrorregime zu etablieren.

Robert Richard Poljak

Gedenktafel am ehemaligen Gebäude der Linzer Polizeidirektion

In nächster Zeit sollen die verschiedenen Ämter und somit auch das „Polizeigefangenhaus“ in das neuerrichtete Haus der Polizeidirektion übersiedeln. Für viele gesinnungstreue Österreicher, und ganz besonders für uns Oberösterreicher, ist dieses nun alte Gebäude zum Inbegriff der nationalsozialistischen Verfolgung geworden.

Außer der berüchtigten „Gestapo-Leitstelle“ in Linz (Koplinghaus) in der Langgasse, wo unsere Leidensgefährten in unmenschlicher Weise behandelt und vielfach gefoltert wurden, war das Polizeigefangenhaus in der Mozartstraße, wo die politischen Gefangenen in ähnlicher Weise behandelt wurden, für viele der Ausgangspunkt in die verschiedenen deutschen Konzentrationslager.

Schon unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Linz, am 12. März 1938, wurden von den Nazi-Mördern, an der Spitze der

seinerzeit nach Deutschland geflüchtete Justizwachmann DÖRFNER, der damalige Polizeidirektor Dr. BENZ, der Polizeinspektor FELDMANN erschossen, der Pol.-Kommissar Dr. BERNEGGER vorerst angeschossen und dann bestialisch von diesen gemeinen Mördern ertrötet und der Pol.-Inspektor SCHMIEDL in einer Zelle dieses Polizeigefangenhauses meuchlings erdrosselt.

Es waren diese Männer die ersten Blutzünder bei der Besetzung unserer oberösterreichischen Heimat durch die Nazi-Truppen. Von nun an wurden viele unserer Kameraden, gleichgültig welcher politischen Überzeugung, von den Schergen des Nazi-Regimes in dieses „Polizeigefangenhaus“ gebracht.

Jetzt soll dieses Gebäude, das sich im Besitz der Stadtgemeinde Linz befindet, einem Neubau weichen. Aus diesem Anlaß richtete die „Arbeitsge-

Landesverband Niederösterreich Reise in die Tschechoslowakei

Die zur Tradition gewordene Frühjahrsreise der ÖVP-Kameradschaft der pol. Verfolgten NO bezweckt vor allem die Vertiefung und Festigung der Kameradschaft. Sie fand von 17. bis 21. Mai d. J. statt. Die Reise ging von Wien bis Krems, durch die Wachau, den Strudengau nach Perg bis Käfermarkt. Dort besuchten die Kameraden die Jakobskirche mit dem großartigen, holzgeschnitzten gotischen Altar aus dem 15. Jahrhundert. In Freistadt erfreute der schöngestaltete Hauptplatz die Besucher. Es ist eine alte Handelsstadt, deren Handelsbeziehungen einst bis Rußland und bis Ägypten reichten, wohn Salz und Eisen exportiert wurden. Durch die Aisterke, der alten Salzstraße entlang, verließen die Reisenden das österr. Granitplateau, bewunderten in Alpen die modernen Geschäfte im sauberen Stadtkern. Am Waldrand leuchtete ein heller Obelisk als Stifterdenkmal hinüber über die Grenze in die Heimat des Dichters. Während der Fahrt bot der Historiker

und Geograph, w. Hofrat Käfer, eine interessante Darstellung der geologischen Bodenverhältnisse, dessen Hauptgestein der Granit ist, Findlinge und Opfersteine sind weit verstreut zu finden. Von da an stieg die Straße von der Tiefe des Donautales auf zum Marchland, das vor langer Zeit von der Donau und ihren Nebenflüssen aufgeschüttet wurde. Ebenso interessant waren die historischen Ausführungen des Fachmanns über die Besiedelung der großen böhmischen Mulde, die vom Böhmerwald, dem Riesengebirge, dem Erzgebirge und vom böhmisch-mährischen Hochland gebildet wird. Zuerst lebten hier keltische Siedler. Sie wurden jeweils abgelöst von den Bojern, den germanischen Markomannen, und schließlich von den Slawen. Der Przemislide Ottokar einigte die verschiedenen Stämme und erwarb die erbliche Königskrone. Die Jagellonen erzeugten ein tschechisches Nationalgefühl in der Bevölkerung. Die Geschichte hat aber auch die großen Leistungen der deutschen Luxemburger unzugänglich verzeichnet, es war das „goldene Zeitalter“. Vor der Einreise in die Tschechoslowakei besichtigten die Kameraden die Gedenkstätte des KZ Flossenbürg. Auch in dieser Stätte des Grauens starben zahlreiche schuldlose Menschen durch Machthaber, die die Menschenwürde und das menschliche Leben mißachteten.

Weil der Kameradschaft auch die Pflege gutnachbarlicher Beziehungen am Herzen liegt, hat sie zusammen mit dem tschechischen Reisebüro CEDOK die Reiseziele bis ins Detail geplant und fixiert. Leider entsprachen weder die Grenzformalitäten bei Pomezni noch der erhoffte Reiseverlauf den Praktiken des westlichen Tourismus. Die vornehmlich erwünschten Reiseziele Karlsbad, Marienbad und Franzensbad konnten nicht erreicht werden, weil kein Autabus seine Gäste dorthin bringen darf! Auch die beabsichtigte Ehrung des großen Dichters

Adalbert Stifter ging ins Leere. Das Geburtshaus war versperrt. Man konnte höchstens durch zerbrochene Fenster in die leeren, trostlosen, verwahrlosten Räume sehen, die einst das trauliche Fluidum und die Stimulanz für das poetische Wirken des Dichters abgaben. ... Dennoch, es gab auch das seltene Erlebnis des Besuches von Eger. In dieser Stadt erlebten die Mitreisenden die historische Stätte mit dem denkwürdigen Ereignis aus dem Jahre 1634: die Ermordung Albrecht Wallensteins im Wallensteinhaus. Auch zu diesem geschichtlichen Ereignis brachte w. Hofrat Käfer eine detaillierte Darbietung über Werdengang und Wirken Wallensteins: Der Feldherr war als Angehöriger einer böhmischen Adelsfamilie zuerst im Geiste des Protestantismus erzogen worden. Später trat er zum Katholizismus über. Als Zeitgenosse Keplers und Galileis kam er auch mit der Astrologie in Berührung. Auf Drängen der Kurfürsten ließ ihn der Kaiser im Regensburger Reichstag fallen. Nach seinem zweiten Generalat überschrift er mit seiner interkonfessionellen Politik wohl die Grenzen und wurde darum ermordet.

Der Besuch der Industriestadt Pilsen und die wohl am besten gepflegte Stadt Budweis zeigten regeres Leben. Der letzte Tag galt dem Besuch der Ausstellung über die Kuenringer im Stift Zwettl. Das beabsichtigte Ziel dieser interessanten Ausstellung ist die Rehabilitierung dieses Rittergeschlechtes, das als Gründer des Stiftes Zwettl und als Spitzengruppe des Adels im Dienste der Babenberger große Verdienste aufzuweisen hat, die bisher nicht ausreichend gewürdigt wurden. Die Ausstellung informiert mit 8600 Originalobjekten, mit Kopien, Modellen, Abgüssen und Fotografien über das Leben der Kuenringer. Das herrlich renovierte Zisterzienserstift Zwettl gab dazu den würdigen Rahmen ab, es war zugleich selbst eine Sehenswürdigkeit. Mit dem Besuch eines Wachauer Heurigen endete die Reise.

OSR R. Göpfrich, Mödling

meinschaft der Opferverbände Oberösterreichs an den Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz, Herrn Franz HILLINGER, schriftlich die Bitte, in diesem zu errichtenden Neubau eine würdige Gedenkstätte für die politischen Opfer schaffen zu lassen und gleichzeitig wurde um eine persönliche Aussprache ersucht.

Am 24. Juli i. J. um 10.30 Uhr fand dann im Linzer Rathaus in Anwesenheit des Bürgermeisters mit den Vertretern der Opferverbände, und zwar von uns: Landesobmann Ing. K. Serchen, von den „Sozialistischen Freiheitskämpfern“, Maria Zabljaka, „vom „KZ-Verband“, Adolf Obermüller und Karl Singer, die bezügliche Besprechung statt.

Der Herr Bürgermeister erklärte, daß das Neugebaute, welches weiter im Besitz der Gemeinde verbleibt, als Wohn- und Geschäftshaus errichtet wird und aus rein bautechnischen Gründen ein würdiger Gedenkraum schwerlich eingebaut werden kann. Jedoch verpflichtete er sich, daß nach der Errichtung dieses Hauses seitens der Stadtgemeinde eine entsprechende Gedenktafel an gut sichtbarer Stelle angebracht wird.

Im Vertrauen auf die verbindlichen Worte des Herrn Bürgermeisters wollen wir Überlebende dieser gnadenlosen Zeit dann unseren ermordeten und verstorbenen Kameraden dort ein würdiges Denkmal setzen. Es soll uns und die kommende Generation stets an den Opfermut dieser treuen Österreicher mahnen, die mit ihrem Leben für die Freiheit und Menschenwürde eingetreten sind.

Landesverband Burgenland

Gedächtnisfahrt nach Dachau

Der Landesverband Burgenland der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten unternahm vom 15. bis 17. Juni 1981 eine Gedächtnisfahrt nach Dachau, an der auch eine starke Gruppe von Jugendlichen teilnahm. Die Fahrt ging von Krems-Stein bis Mauthausen nördlich der Donau, dann über Wels nach Salzburg. Dort führte der Landesobmann der Salzburger Kameradschaft, Oberschulrat Georg Falber, seine burgenländischen Gäste auf die Feste Hohensalzburg, von wo er aus

der Vogelschau in fesselnder Art die Entwicklung der Mozartstadt schilderte. Nach einem Gang durch den Petersfriedhof (Grab Michael Haydns) und in den Dom ging es nach Großmains ins Quartier.

Am zweiten Tag wurde das eigentliche Reiseziel — Dachau — erreicht. Das gemauerte Verwaltungsgebäude eines der größten Konzentrationslager des Dritten Reiches birgt ein eindrucksvolles Museum. In Wort, Bild

(Fortsetzung auf Seite 6)

(Fortsetzung von Seite 5)

und Film wird die grauenvolle Vergangenheit vergegenwärtigt. Es kam zu einer erschütternden Szene, als zwei teilnehmende Witwen auf dem Bild „Ankunft eines Transportes im KZ“ ihre Männer erkannten (Martin Samek und Geza Horvath). Schweigsam und tief ergriffen wurden auch die Verbrennungsanlagen, die Hinrichtungsstätten, die Baracke mit den Stockbetten und die kirchlichen Gedenkstätten besichtigt. In der kath. Karmel-Kirche wurde für alle, die in diesem Lager gelitten haben oder ihr Leben lassen mußten, gebetet; ein besonderes Gedenken galt dem am 19. Jänner 1939

im KZ Dachau verstorbenen burgenländischen Landeshauptmann Dipl.-Ing. Hans Sylvester... Eine Stadtrundfahrt in München und ein Aufenthalt am Chiemsee beschlossen den eindrucksvollen Tag.

Am dritten Tag stand die Besichtigung des Stiftes St. Florian auf dem Programm. Die aufschlußreiche Führung durch das sehenswerte Augustiner-Chorherrenstift fand in der barocken Stiftskirche, in der gerade der Stiftsorganist (sein Polje) auf der Bruckner-Orgel in brillanter Manier musizierte, den Abschluß.

(Anton Sattler)

Landesverband Wien

Am 25. Juli 1981 fand zum Gedenken an den Todestag des von den Nationalsozialisten ermordeten Bundeskanzlers Dr. Engelbert DOLLFUSS am Grabe des Verewigten auf dem Hietzinger Friedhof eine schlichte Gedenkfeier statt. Das Vorstandsmitglied des Landesverbandes Wien, Monsignore OSIR Josef PINZENÖHLER, Domvikar zu St. Stephan, sprach Worte des Gedenkens.

An der Feier nahmen der Ehrenobmann der ÖVP-Kameradschaft, Vizekanzler a. D. Präz. Dr. Fritz BOCK und zahlreiche Kameradinnen und Kameraden teil.

IHR ERFOLG IST UNSER ZIEL



EISENSTÄDTER BANK AG
EISENSTADT, Hauptplatz 31

Filialen in RUST, NEUFELD, FRAUENKIRCHEN mit
Zweigstelle in PODERSDORF, OBERWART



**„SGP -
das ist breites Know-how,
rationelle Fertigung und hoher
Qualitätsstandard.“**

Schienenfahrzeuge

Kraftwerke

Industrieanlagen

Allgemeiner Maschinenbau

SGP

Simmering-Graz-Pauker AG
A-8071 Wien, Mariahilfer Str. 32
Telefon: (0) 22 31 93 35 21
Telex: 132767

SIMMERING-GRAZ-PAUKER AG
LÖST PROBLEME NACH MASS

Für Ihre Gesundheit
Für den Feinschmecker

Hervorragende Milch- und Molkereiprodukte aus der

**Molkereigenossenschaft
Geinberg und Umgebung**
reg. Gen. m. b. Haftung

Hauptbetrieb Geinberg
Telefon (0 77 23) 425, 426

Zweigbetrieb Ort
Telefon (0 77 51) 305



Weil das Gute so nah liegt, Ihr nächster Sommerurlaub

STEIERMARK **das grüne Herz Österreichs!**

Des Österreichers liebstes Sommerferienland bietet in allen Regionen ein attraktives Freizeitangebot.

Erwandern Sie sich ein Stück heile Natur —
Wanderpauschalen bereits ab S 630,—.

Informationen: Ihr Reisebüro und das Landesfremdenverkehrsamt für Steiermark, A-8010 Graz, Landhaus, Telefon (03 16) 831-0



**Alles
hat zwei Seiten.**

**Wir stehen Ihnen
auf jeder Seite
zur Seite.**



CREDITANSTALT



Landesverband Steiermark

Gedenktafel Felleierhof

Am 9. Dezember 1980 fand in Graz-Wetzelsdorf die feierliche Enthüllung einer Gedenktafel statt, die dort zur Erinnerung an jene Menschen errichtet wurde, welche zwischen 1941 und 1945 auf der Heereschießstätte Felleierhof wegen ihres Widerstandes gegen die NS-Gewaltherrschaft ihr Leben lassen mußten.

Um die Errichtung der Gedenktafel hat sich besonders der Grazer Berufsoffizier Major Manfred Oswald verdient gemacht. Über seine Anregung ergriff die Österreichische Liga für Menschenrechte die Initiative zur Gründung eines Vorbereitungsausschusses, dem neben Vertretern der Landeshauptstadt Graz, des Militärkommandos Steiermark, der Österreichischen Liga für Menschenrechte und des ÖGB auch Delegierte der Opferverbände (ÖVP-Kameradschaft, Bund Soz. Freiheitskämpfer und KZ-Verband) angehörten. Einmütig wurden alle technischen und organisatorischen Fragen geklärt und der „Tag der Menschenrechte 1980“ als Zeitpunkt der Enthüllung gewählt.

Bei der Gedenkfeier selbst ergriff — nach Begrüßung der Teilnehmer durch den Vorsitzenden des Vorbereitungsausschusses, Vizebürgermeister Karl Stoiser — als erster Redner Landesrat Prof. Kurt Jungwirth das Wort, der in Vertretung von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer entsandt worden war. LR Jungwirth betonte u. a. die Notwendigkeit eines ständigen Einsatzes für die Menschenrechte, die bestenfalls nur in einem Fünftel der UNO-Mitgliedsländer als unteilbar respektiert erscheinen. Daß unsere Zweite Republik zu diesem Fünftel gehöre, sei erfreulich und verpflichtend zugleich.

Bundesminister f. Landesverteidigung, Otto Rössch, nahm sodann die feierliche Enthüllung vor und betonte in seiner Ansprache besonders die Tatsache, daß die Initiative zur Mahnmalerrichtung von Bundesheerangehörigen selbst gekommen sei.

Nach einem Gebet für die Opfer und der kirchlichen Segnung des Mahnmals schloß der Präsident der Österreichischen Liga für Menschenrechte, Arbeiterkammerat Alfred Ströber, die Feier mit Besinnungs- und Dankesworten, wobei er vor allem auf den Sinn des „Tages der Menschenrechte“ einging. Nicht von ungefähr beinhaltet ja die Gedenktafel den Appell:

„Diese Gedenktafel soll uns mahnen, stets für unser Vaterland Österreich und für die Unteilbarkeit der Menschenrechte einzutreten.“

Landesverband Salzburg

Zur Vollendung des 70. Lebensjahres gratulieren wir herzlichst Herrn Dr. August LOVREK, zur Vollendung des 65. Lebensjahres ebenso herzlichst Herrn Oberamtmann i. R. Karl WINDISCH und Herrn Chefredakteur Alfred ADROWITZER.

Kam. ADROWITZER wollen wir zusätzlich noch zur Verleihung des Ringes der Stadt Salzburg gratulieren. In der Informations-Zeitung Nr. 8/1981 der Landeshauptstadt Salzburg stand dazu sehr treffend: „Als engagierter Journalist, überzeugter Christ und profiliert Gewerkschafter in der Berufsvertretung der Journalisten hat er dazu beigetragen, den Begriff Berufsethos nicht zu einer leeren Worthölse werden zu lassen. In den Kriegsjahren mehrmals inhaftiert und schließlich durch den Einmarsch der Amerikaner aus dem Konzentrationslager befreit, ist ADROWITZER ein Mann der Verachtung gewesen, wie es seiner christlichen Weltanschauung entsprach.“ Dazu ist noch zu bemerken, daß Kam. ADROWITZER in vielen Zeitungsartikeln immer wieder auf die Gefahr hinwies, die Österreich durch das Aufblühen österreichfeindlicher Organisationen besteht, und er mußte mehrmals Drohungen von Anschlägen auf seine Person hinnehmen für sein mutiges Eintreten in der Presse.

OSR Georg FELBER

Jubilare

In diesen Wochen feiern bzw. feierten folgende Kameradinnen und Kameraden „runder“ Geburtstage. Die ÖVP-Kameradschaft der politischen Verfolgten und die Redaktion des FREIHEITSKÄMPFER gratulieren herzlichst:

Landesverband Burgenland:

60 Jahre: Franziska KUMMER (20. 7.)
80 Jahre: OReg.-Rat Franz WIEDEMANN (30. 7.)

Landesverband Wien:

60 Jahre: Adolf WASSERTRÜDINGER (23. 8.)
65 Jahre: Wilhelmine FLEISSIG (18. 8.)
Otto SCHOLIK, Generalmajor (25. 9.)

70 Jahre: Josef Walter KANTNER (17. 8.)
Eduard KOPP, Krim.-Bez.-Insp. i. R. (6. 8.)
75 Jahre: Theresie GAIDATSCH (17. 9.)
Hildegard WENDL (26. 7.)
80 Jahre: Dipl.-Ing. Alfons GALOTTI (16. 7.)
Reg.-Rat Karl BERGER (19. 8.)

Landesverband Salzburg:

65 Jahre: Alfred ADROWITZER, Chefredakteur
Karl WINDISCH, Oberamtmann i. R.
70 Jahre: Dr. August LOVREK

Unsere Toten

Landesverband Oberösterreich:

Reg.-Rat Johann SEBINGER, Abg. zum Nat.-Rat a. D., Sicherheitsdirektor für das Mühlviertel 1945—1955, starb am 14. 7. 1981 im 83. Lebensjahr.

Alois HÜGELSBERGER — gesonderter Nachruf

Landesverband Wien:

Josefa BREUER, die Mutter unseres Vorstandsmitgliedes OSR Dr. Dr. Josefa Breuer, starb am 2. 7. 1981 im 92. Lebensjahr.

Dr. Franz FILLITZ, Vorstandsdi- rektor i. R. der DÖSG, starb am 17. 7. 1981 im 85. Lebensjahr. Kamerad Dr. Franz FILLITZ, ehemaliger Häftling des KZ Dachau, war Gründungs- und Vorstandsmitglied des Landesverbandes Wien. Er erwarb sich besondere Verdienste beim Zustandekommen der einzelzeitigen Rückstellungsgesetze und Beamtenentschädigungsgesetze. Infolge einer schweren Augenerkrankung war es ihm in den letzten Jahren nicht möglich, seine Funktion auszuüben, doch verblieb Dr. FILLITZ über einstimmigen Beschluß des Landesverbandes in Anbetracht seiner großen Verdienste bis zu seinem Tode Mitglied des Landesverbandes.

Landesverband Kärnten:

Hans STEINER, Justizwache- Oberst i. R., Klagenfurt, starb am 15. 6. 1981

R. I. P.

An dieser Ausgabe haben mitgewirkt: OSR Georg FELBER, OSR R. GÖPPFRICH, Dr. Franz HAUF, Camillo HEGER, Robert R. POLLAK, OSR Anton SATTLER, Dr. Ing. Karl SERSCHEN, Hanna TELTSCHER, Mag. Dr. Josef WINDISCH